

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtesliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Dübberstraße 11, Fernsprecher 123. — Postfach 100 Dortmund Nr. 3693.

Schriftleitung: Dübberstraße 4, Fernsprecher 3925.

Preis: In Bochum u. Umgebung monatlich 3.— M., durch die Post bezogen vierteljährlich 10.— M., monatlich 3.— M., frei Haus. — Erhältlich an allen Zeitungsverkäufern. — Für unregelmäßige Entsendungen besteht die Schriftleitung nicht. — Rückporto ist beizufügen. — Extrapostsendungen von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streik verursacht, ersucht jede Verpflichtung auf Lieferung und Verteilung von Sonderheften. — Kostenlose Unfallversicherung von 300 M. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1.20 M., Familienanzeigen 1.00 M., Stellenangebote 80 Pf., anderwärts 1.50 M., für im Jahre und 30 mm Spaltenbreite im Blatt. 7 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 5.— M., für die Aufnahme von Anzeigen an besonderen Tagen und Wochen wird keine Gewähr übernommen. Beilagenpreise nach Vereinbarung. — Bei umfangreicher Beilagenlieferung der Einrückungsbilanz durch Anlage oder in Sonderfällen wird der befristete Rabatt 10% ermäßigt. — Annahmeschluss von Anzeigen am 7. Uhr. für größere nachmittags 4 Uhr.

Schnellarbeit vor Ferienbeginn.

Die wirtschaftliche Not der Presse. — Erbschaftsteuer. — Zwangsanleihe. — Reichsstrafgesetzbuch.

Deutscher Reichstag.

253. Sitzung vom 17. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf, der die Einführung von Notgeld jeder Art verbietet, und zwar muß die Einführung bis zum Ablauf von drei Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes erfolgen. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen, nachdem Abg. Mumm (Dnt.) die sofortige Herausgabe von Hartgeld gefordert hatte.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die

Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse.

Abg. Dr. Herz (Unabh.) berichtet über die Ausschussberatungen: Viele Änderungsanträge müssen zurückgestellt werden, da der Entwurf unbedingt noch in dieser Session verabschiedet werden muß. Beim Artikel 1 wurde die Bildung der Zwangssyndikate der Papierverleger und die Festsetzung der Höchstpreise nicht nur von der Zustimmung des Reichstages, sondern auch des Reichsausschusses des Reichstages abhängig gemacht. Die 1/2 pro Mille Ausfuhrabgabe soll allgemein erhoben werden, nicht nur, wie die Regierung vorge schlagen hatte, von den ausfuhrberechtigten Papierfabriken.

Die Regierung erklärte sich bereit, die zahlreichen Anträge zu berücksichtigen. Deshalb wurde auf die Weiterberatung dieser Anträge verzichtet, zumal bei den Ausschussbestimmungen ein größeres Gewicht zugelegt werden soll. Das Gesetz soll am 31. März dieses Jahres außer Kraft treten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt

hält es für fraglich, ob der Entwurf die notwendigen Stöße bringen wird. Ich bin von dem finanziellen Ergebnis wenig erbaud. Die Notlage der Presse ist hervorgerufen durch die Steigerung des Papierpreises und namentlich des Papierpreises. 1913 kostete der Raummeter 10 Mark, im Juli d. J. 1250 Mark, teilweise ist der Preis sogar auf 1800 Mark gestiegen. Der Papierpreis ist von 21 Mark auf 2000 Mark gestiegen. Die Weiterentwicklung ist noch nicht abzusehen. Diese Entwicklung hat uns mit großer Sorge erfüllt. Eine Reihe von Zeitungen ist bereits eingegangen. Wir haben ein großes Interesse an der Entwicklung der Presse, da sie nicht nur eine Notwendigkeit im demokratischen Staat ist, sondern auch ein Vorbildungsmittel darstellt. Es besteht die Gefahr, daß die Preise von Großkapitalisten aufgekauft und einseitig beeinflusst wird. Die bedrückende Lage der Presse könnte Anlaß zu Korruptionen geben, wie es teilweise im Ausland der Fall ist. Der jetzt vorgelegene Hilfsplan stamme die Regierung zu. Die Regierung wird von der Ermächtigung, Höchstpreise festzusetzen, nur Gebrauch machen, wenn alle Mittel versagen.

Bei der Abstimmung werden sowohl der kom munitätliche wie auch der Zentrumsantrag abgelehnt. Dagegen wird folgender Zusatz der bürgerlichen Parteien zum Artikel 4 angenommen: Der Rückvergütungsanspruch ist eine Staffelung zugrunde zu legen, nach der für Zeitungen mit geringerem Papierverbrauch eine höhere Vergütung gezahlt wird, als für Zeitungen mit größerem Verbrauch. In den Ausführungsbestimmungen wird das Nähere festgesetzt.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen; dritte Lesung Dienstag.

Die Erbschaftsteuer.

Die zweite Lesung wird fortgesetzt. § 30 behandelt die Steuerbefreiungen. Auf Antrag des Abg. Curtius (D. Bpt.) wird bestimmt, daß die Steuerbefreiung entfällt mit dem Zeitpunkt des Anfalls.

Abg. Mumm (Dnt.) fordert eine Erhöhung des abgeordneten Betrages für kirchliche Ehrentätigkeiten. Der Antrag Mumm wird abgelehnt, dagegen ein Kompromißantrag angenommen, nach welchem Zuwendungen an kirchliche Kirchen und andere Anstalten, die ausschließlich kirchliche Zwecke verfolgen und Zuwendungen zu kirchlichen Zwecken steuerfrei sein sollen. Nach dem Kompromißantrag zum § 35, welche angenommen werden, beträgt

die Steuer für den Erwerb inländischer Gemeinden, gemeinnütziger Gesellschaften und Anstalten und für Zuwendungen, die ausschließlich mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, 5 Prozent. Beiträge und Zuwendungen an eine politische Vereinigung sind steuerfrei, soweit sie in einem Kalenderjahr für eine Person 5000 Mark nicht übersteigen, bei nicht mehr als 100 000 Mark werden sie mit 5 Prozent, bei einem höheren Betrage mit 10 Prozent besteuert.

Angenommen wird weiter ein Kompromißantrag, wonach das Erbschaftsteuergesetz, die Zwangsanleihe und die Veränderung des Einkommensteuergesetzes gemeinsam verabschiedet werden müssen.

Damit schließt die zweite Lesung. Die dritte Lesung wird vorläufig zurückgestellt.

Die Zwangsanleihe.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Heffrich (Dnt.)

betont seinen grundsätzlichen Gegensatz zur Zwangs anleihe, der ihn nicht gebietet habe, im Ausschuss politisch mitzuarbeiten. Wir haben eine Reihe von Verbesserungen erreichen können. Trotzdem bleibt eine Anzahl von Bedenken bestehen. Dieser große Eingriff in die Substanz unserer Vermögensbe hältnisse darf nicht zu einer Zeit nachgehenden Ver mehrung der Geldbesitzer stattfinden. Es soll zur Auf hebung des Zwangszwanges und zur Wiederherstellung des Vermögensverhältnisses kommen. Bei der heu tigen Geldentwertung kann das Ausland unsere ganze Wirtschaft für ein Butterbrot ohne Butter kaufen. (Lurche bei den Sozialisten: Thor!) Selber nicht nur Theorie. Wir beantragen, daß statt des Tarifes als Zeichnungspflicht der zehnte Teil des Vermögensverhältnisses festgesetzt wird und die Zeichnungspflicht erst eintritt, wenn bis zum 1. Dezember die Reparationspflichten auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt sind. (Lurche: Aber wir haben mir gesagt, daß der Widerstand dort nur deshalb noch so groß ist, weil wir selbst uns über unsere Zahlungsfähigkeit täuschen. (Lurche: Ich) Schwelgen Sie lieber, Sie diskreditieren uns, gerade Sie dürfen nicht darüber reden.) Nein, Sie (nach links) diskreditieren uns, wenn Sie immer wieder sagen, die Steuerlast sei noch nicht hoch genug. (Sehr richtig! links.) Wir werden bei der Schlussabstimmung gegen die Zwangsanleihe stimmen. Die Modelle zum Erbschafts- und Einkommensteuergesetz nehmen wir an.

Abg. Dr. Geyer (U. S.): die deutschnationalen Methoden diskreditieren uns. Der Redner will die Zwangsanleihe auf mindestens 80 Milliarden festsetzen.

Abg. Dr. Curtius (D. B.):

hält das für unmöglich. Eine unumgängliche Spekulation würde sonst die Folge sein. Der Redner weist darauf hin, daß der unabhängige Sozialist Giffert schon 40 Milliarden für ein schweres Opfer erklärt habe. Die Deutsche Volkspartei habe trotz dem die Vorlage angenommen, da eine Währungs schwere innerpolitische Komplikationen haben würde. Lieberwies sei der Weg der Zwangsanleihe nicht unerhört. Friedrich der Große habe drei Zwangs anleihen durchgeführt. Eine andere wurde 1810 vor genommen.

Dann schließt die allgemeine Aussprache.

Im § 1 wird die Zwangsanleihe mit 70 Mil liarden M. festgelegt. Paragraph 1 wird an genommen. Nach § 4 ist die Zwangsanleihe bis zum 31. Oktober 1925 unverzinslich. Sie wird ab 1. November 1925 bis zum 31. Oktober 1930 mit 4 Pro zent und von da ab mit 5 Prozent verzinst. § 4 wird in dieser Fassung angenommen. Auch der Rest der Vorlage wurde in 2. Lesung mit unwesent lichen Veränderungen angenommen.

Es folgt die 1. Beratung des von den Koali tionsparteien beantragten Gesetzentwurfes, wonach für Maßnahmen zum Schutze der Republik ein Kredit von vorläufig 75 Millionen

zur Verfügung gestellt wird.

Abg. Schiele (Dt. Natl.) bekämpft die Vorlage, welche mißbraucht werden könnte.

Abg. Müller-Krause (Soz.): für die Vorlage werden alle stimmen, welche die Republik schützen

wollen. Die Deutschnationalen haben den Tren nungsstrich gegen die verbrecherischen Mörder noch immer nicht gezogen.

Abg. Dr. Weder (Dt. Bpt.) hält eine Ausschuss beratung für selbstverständlich.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss über wiesen.

Für die zweite Beratung des

Reichsstrafgesetzbuch

hat der Ausschuss die Regierungsvorlage in dem ent schiedenen § 1 dahin geändert, daß zur Bestrafung des Verbrechens, welches seine Tätig keit nicht auf bestimmte Orte bezieht, ein Reichs striminalamt errichtet wird, mit dem Sitz in Berlin dem Reichsminister des Innern unterstellt wird. In der Regierungsvorlage war von einem Reichsjustizamt die Rede.

Bayerischer Gesandter von Preger

lehnt namens seiner Regierung das Gesetz als Ein griff in wichtige Hoheitsrechte der Länder ab. Das bayerische Volk sei sehr stolz auf die Knochen, es herrsche aber starke Gefühle des Unmutes gegen die Reichsregierung wegen der überflüssigen Ein griffe in die Hoheitsrechte.

Abg. Emminger (Bapt. Bpt.) bezeichnet die Vor lage als einen Versuch zur Verletzung der Hoheits rechte der Länder. Er beantragt weitere Abwä gungen der Reichsregierung in dem Gesetz. Die Reichsregierung sei in der Vorlage viel zu ausge dehnt. Redner empfiehlt Ablehnung der Vorlage.

Abg. Dr. Well (Ztr.): Die Bedenken Bayerns seien durch die im Ausschuss beschlossenen Verände rungen im wesentlichen beseitigt. Seine Partei werde der Vorlage in der Ausschussfassung zu stimmen.

Abg. v. Kardorff (D. B.): Meine Freunde wer den mit einigen Ausnahmen der Vorlage zustim men. Wir sind überzeugt, daß mit der Zeit alle Parteien den Fortschritt freudig begrüßen, den die Vorlage unvermeidbar in der Verfolgung der Verbrecher bringt. Wir werden den bayerischen Wünschen noch weiter entgegenkommen, aber wir können nicht für den Antrag Emminger stimmen, der die Einführung des Leiters des Reichsstriminal amtes von der Genehmigung des Reichstages ab hängig machen will. Das Verhältnis Bayerns zum Reich ist das große politische Problem unserer Zeit, das Problem der Einheit des Reichs (Weisfall). Wir brauchen jetzt zur Gesundung vor allem Verhö rung der Gegensätze. Die Politik der Ultimaten und Drohungen muß endlich aufhören. (Weisfall rechts und in der Mitte.) Am Ende eines Wahl kampfes würde der Dollar auf 1000 stehen, würde er wirklich mit einem Siege der sozialistischen Par teien endigen, dann würde uns das Ausland keinen roten Heller mehr pumpen!

Abg. Koch (D.) erklärt, daß seine Partei der Vorlage nach dem Ausschussbeschlusse zustimme.

Reichsminister Dr. Brücker:

Die Notwendigkeit der zentralen Regelung der Polizei für das Reich ist schon seit längerer Zeit von den bayerischen Justizministern betont worden. In einer Zeit, in der die Verbrecherbanden ähn lich den italienischen Faschistenbanden in Deutsch land sich zeigen, kann nur durch eine solche Re gelung die Sicherheit des Reichs aufrecht erhalten werden. Weiter als im Ausschuss können wir nicht mehr gehen. Die Reichsregierung muß die Rückficht auf die 6 oder 7 Millionen Bayern zurückstellen, wenn diese Rückficht kollidiert mit den sonstigen Rückfichtsmahnahmen auf 60 Millionen deutscher Reichsbürger. (Weisfall.)

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschussfassung ange nommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. T.-D.: Dritte Lesungen.

Bürgerblut und Sozialistenblut.

Das nach der Ermordung Rathenaus und dem offensibaren Festschlag von Genua besonders für mische Drängen der in ihrer Grundgesinnung einigen, in ihrer Taktik bisher auseinandergehenden verschiedenen sozialistischen Gruppen Deutschlands nach einer einseitigen Links-Erweiterung der Re gierung als Vorbereitung einer Sprengung der bis herigen Regierungskoalition hat zur Stunde das eine ebenfalls als vorbereitend anzusprechende Er gebnis erzielt, daß die beiden größten sozial demokratischen Gruppen, die Mehrheitssozialdemo kratie und die Unabhängige Sozialdemokratie, sich zu einer interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft ver einigt haben. Daß diese sozialdemokratische Ar beitsgemeinschaft nur dem vornehmlichen Zwecke dient, die einseitige Linkserweiterung der bisheri gen Koalitionsregierung mit den schärfsten parla mentarischen Druckmitteln zu beschleunigen, be darf weiter keiner besonderen Erörterung.

Dieser Druck der Sozialdemokratie hat in der hochstut der politischen Geschehnisse einen so wichtigen Gegenstand ausgelöst. Unter der Führung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Adam Siegelwald sind sofort Vorbereitungen zur Schaf fung eines bürgerlichen Arbeiterbundes, einer glei chen bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft von der Deutschen Volkspartei bis zur bürgerlichen Demo kratie reichend, eingeleitet worden. Nach den bis her vorliegenden Meldungen haben erfreulicher Weise diese Bestrebungen Aussicht auf Erfolg. Die diesbezüglichen Besprechungen am Sonntag zwischen dem Zentrumsführer Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann und den beiden demokratischen Führern Werder und Koch bezeichnet das bürgerliche Telegraphen Büro als positiv, als gegebene Grundlage für weitere Beratungen dieser Parteien über die Frage einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in ihren Fraktionen.

Diese Entwicklung der Dinge ist innen wie außenpolitisch von gar noch nicht in allen seinen Ausmaßen abschätzbarer Bedeutung. Die Frage einer Reichstagsauflösung und die baldige Auf schreibung von Reichstagsneuwahlen, die in den letzten Tagen so gut wie bis nach den Parla mentarischen verlagert worden, ist mit einem Male wieder in greifbarer Nähe gerückt. Offenbar gehen die Bemühungen des Reichstagskanzlers Dr. Joffe dahin, in diesen Zeiten innen wie außen politischer Hochspannung eine Entladung des Kon flikts herbeizuführen, bis zum Herbst, nach den Parlamentsferien, hinzuziehen. Von diesem Ge sichtspunkte aus sind wohl auch seine Bemühungen zu bewerten, schimmten falls eine Umwidmung des Kabinetts nicht aus direkten Parteipersonen sondern aus solchen, die den in Frage kommenden Parteien rechts und links nahe stehen, vorzu nehmen. Ganz abgesehen, von der Gefährlichkeit und Unfruchtbarkeit dieses Spiels, bleibt es zur Stunde bei dem von rückwärtsloser Parteipolitik diktierten Draufgängerum der Sozialdemokratie sehr abzuwarten, ob diesmal Reichskanzler Dr. Joffe mit seinem Beruhigungspulver Glück haben wird.

Am heutigen Dienstag soll nach den Vereinba rungen des Reichstages der Deutsche Reichstag in seine Parlamentsferien gehen. Ueberraschungen sind nach der Wendung, die die Dinge in den letzten Tagen genommen, noch in letzter Stunde zu erwarten. Es sei dem aber, wie es sei, gilt es dennoch trotz allen aufgekauften Jüdeloches eine unausbleibliche Explosion bis zum Herbst hinaus zuschieben, so wollen wir uns doch über die Un haltbarkeit der augenblicklichen Lage nicht täuschen. So wollen wir doch eingedenk bleiben, daß die Ent wicklung der Dinge seit November 1918 uns die große schicksalsschwere Entscheidung, ob sozialdemo kratische oder nicht sozialdemokratische Herrschaft in Deutschland, hart vor die Nase gestellt hat.

Der bürgerliche Sammlungsruß des Zentrums mannes Siegelwald ist von einer jeden deutschen Politik, die nicht in der sozialdemokratischen An schauungsweise und im sozialistischen Diktaturge fühl ruht und anfert, nur mit Freuden zu be grüßen. Es ist ein klar hervorleuchtendes Zeugnis von politischem und staatsmännischem Verantwort lichkeitsgefühl, daß gerade Adam Siegelwald in dieser hochvertrauten Zeit den bürgerlichen Sammlungsruß macht. Man darf und soll nicht ver gessen und außer Acht lassen, daß die politische Quasibahn dieses Zentrumsmannes die eines christ lichen Gewerkschaftsführers ist. Der bürgerliche Sammlungsruß aus diesem Munde, entsprossen aus seinen Erfahrungen an leitender gewerkschaft licher und staatspolitischer Stelle, gegen die Ge

Am das Moratorium.

London, 17. Juli. Bei den Differenzen zwi schen der britischen offiziellen Auffassung, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden soll, und dem französischen Standpunkt, wonach erst der Bericht der Reparationskommission abgewartet werden soll, handle es sich nur um Detailsfragen. Eine wesentliche Frage sei doch, ob von nun ab gemeinsame Verständigung gemacht werden solle, festen Grund zu finden, auf dem Europa wieder aufgebaut werden könne. Unkennend habe die französische Regierung dem Präsidenten der Repa rationskommission Dubois kürzlich Instruktionen ge geben, wonach kein Moratorium gewährt werden dürfe, wenn nicht erwiesen sei, daß Deutschland alles Menschennögliche getan hat, um seine Ver

pflichtungen zu erfüllen. Ein solches Verfahren, sagt die „Times“, würde korrekt sein, aber würde Zeit vergeudung bedeuten in einem Augenblick, wo eine Verzögerung verhängnisvoll werden kann.

Der Finanzkorrespondent des „Daily Telegraph“ in New York schreibt: Man glaubt hier, daß Deutsch land aufrichtig wünscht, seine Verpflichtungen zu erfüllen, und daß es ausgiebige Beweise für diesen Wunsch gegeben habe. Man erwartet, daß Frankreich einer Wänderung des Reparationspro grammes zustimmen und daß England Frankreich gegenüber sich großmütig und Amerika alles tun werde, was vernünftigerweise von ihm erwartet werden kann, um bei der Einzahlung Erleichterun gen zu gewähren. Es ist möglich, daß die amerika nische Schuldenkommission nach einer Besprechung mit den europäischen Finanzdelegierten einen Kongress für den Abschluß eines großen Teiles der europäischen Schulden vorschlagen werde, aber es sei trotzdem sehr unwahrscheinlich.

Beamtenrevolte in Peking.

Nach einer Meldung des „Ginghwa Telegraph“ aus Peking berichtet eine Depesche aus Peking, daß 300 reaktionäre Beamte das kaiserliche Palais in Peking gestürmt haben und in den Saal eingedrungen sind, in dem das chinesische Kabinett tagte. Der Ministerpräsident wurde mit dem Tode bedroht. Einer der Minister, der Wider stand leistete, wurde verletzt. Es scheint, daß das Attentat begangen wurde, weil die neue Re gierung für den Abschluß eines großen Teiles der europäischen Schulden vorschlagen werde, aber es sei trotzdem sehr unwahrscheinlich.

Bohnhaus

Markt d. Stadt, B. anhängig an ver. Nr. 12/24 an die Anstalt d. Sta.

Gute, alte

Artoffeln

wieder eingetroffen.

Darenberg,

Bochum.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)
Bochum, 18. Juli.

Westdeutsche Fachausstellung für Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarf.

In den Tagen vom 15.-19. Juli findet auf dem Schützenhof die erste Westdeutsche Fachausstellung für Papier-, Schreibwaren-, Bürobedarf und verwandte Gewerbe statt. Die Eröffnung der Ausstellung fand gestern vormittag durch den Bochumer Ortsvorsitzenden des Reichsverbandes des Papier- und Schreibwarenhandels, des Vorsitzenden des Landesverbandes des Papier- und Schreibwarenhandels und der Vertreter der Ortspresse statt. Der Geschäftsführer des Bochumer Verbandes, Ostwald, gab in seinen einleitenden Worten einen Überblick über das weite Gebiet der von der Ausstellung erfassten Bedarfsartikel der Papier- und Schreibwarenbranche und betonte den durch die Ausstellung bedingten ersten Willen der westdeutschen Handelskreise, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Er begrüßte die zur Eröffnung erschießenden Herren in herzlichen Worten und schloß dann die Mitteilung, daß in Bochum im nächsten Jahre der Reichsverband der deutschen Papier- und Schreibwarenhandels tagen werde; in Verbindung damit ist gleichzeitig eine Ausstellung größerer Stills geplant. — Der Ortsvorsitzende Ostwald hieß die Ausstellung namens der Stadt und der Bochumer Bürgererschaft in Bochums Mauern herzlich willkommen. Mit besonderer Freude nahm er die Nachricht auf, daß die Ausstellung im Rahmen der augenblicklichen Fachausstellung für jedes Jahr geplant seien und versprach, sich dafür einzusetzen, daß der Schützenhof eine für Ausstellungszwecke geeignete Einrichtung erhält. Mehr und mehr rückt ja Bochum dank seiner vielen Industrien in den Vordergrund; es auch als Ausstellungshaus zu haben und ihm Bedeutung nach außen hin zu verschaffen, müsse nimmermehr das Streben aller ernstlich um das Wohl der Stadt besorgten Kreise sein.

Im Anschluß an diese Eröffnungsfeier fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt. Der Schützenhof hat sein altes Gesicht verloren. Die vielen Ausstellungshäuser mit ihrem bunten Biederkeit an Waren machen auf den Besucher einen freundlichen Eindruck. Über 60 Firmen aus allen Teilen Deutschlands, namentlich aber aus dem Westen, sind mit guten Warenproben vertreten. Von der reichsten Stille bis zu den geschmackvollsten Bucheinbänden, vom Modestem bis zum feinsten geräumigen Bild, vom Durchsichtapparat hat alles, was in Büro und Schreibbüro gebraucht wird, Berücksichtigung gefunden. Man hat den Eindruck, daß die Ausstellung weit über den engen Rahmen der Bochumer hinaus Beachtung gewinnen wird. Bochum wird den Erfolg der Ausstellung auch als einen Erfolg für sich buchen können. Glück auf!

Der Landesverband Rheinland-Westfalen des Reichsbundes deutscher Papier- und Schreibwarenhändler hielt gestern nachmittag im Rathaus seine Hauptversammlung ab, in der das Gelingen der Ausstellung vom Vorsitzenden begrüßt wurde. Vertreter der Handelskammer Bochum, des Verbandes des Einzelhandels und des Mittelstandes wohnten der Verhandlung bei. Nach Entgegennahme des Geschäftsberichtes, in dem besonders die Notwendigkeit des Zusammenstufens betont wurde, und des Rassenberichtes wurden die ausstehenden Vorstandsmittelglieder durch Juriel wiedergewählt. Die Versammlung nahm den Bericht über die Anträge des Landesverbandes für den Bundesrat in Gienach entgegen und beauftragte sich mit einer Reihe sachlicher und Organisationsfragen.

Verkehrsfragen der Reichsbahn.

Die Minderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat eine weitgehende Verschärfung der Verkehrsbeziehungen zur Folge. Es sind neue Verkehrserschwerpunkte entstanden, die an manchen Stellen über das Friedensmaß hinausgehende Anforderungen an die Eisenbahn stellen. Auch der internationale Verkehr von Ausland zu Ausland hat Formen angenommen, die man wohl als Katastrophen betrachten kann, er sucht möglichst langen Markt- und mög-

Zum Bau der Städtischen Schnellbahn im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk.

Von R. Wehrmann, Bochum.

In den Städten des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks regt es sich wieder auf vielen Seiten wegen des Baues der Städtischen Schnellbahn; keiner zweifelt daran, daß diese Schnellbahn ein sehr bringendes Bedürfnis ist: denn es ist durchaus notwendig, daß die großen Städte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Mülheim, Duisburg, Düsseldorf, Köln nebst den großen Gemeinden, die als Anlaufpunkte betrachtet werden müssen, wie Bielefeld, Herne, Wanne, Langendreer, Werne, Hattin, Steele, Wattenscheid, einen glatteren und schnelleren Verkehr untereinander haben, als dies heutzutage der Fall ist. Wir wollen jetzt nicht von dem Verkehr der alten Industriebezirke des Rheinischen Landes, wie Elberfeld, Barmen, Hagen, Solingen, Remscheid, sprechen, in denen ebenfalls das Bedürfnis sehr stark empfunden wird, mit den großen Industriezentren am Rhein und im Ruhrgebiet besser und schneller verbunden zu werden, als dies heute der Fall ist; wir sind überzeugt, daß wenn erst einmal eine Städtische Schnellbahn erbaut ist, die anderen bald folgen werden. Auch darauf kommt es hier nicht an, ob die Städtische Schnellbahn als eine Hochbahn oder als eine Straßenbahn oder in Verbindung mit der Straßenbahn gebaut wird, sondern besonders darauf, welchen Weg die Städtische Schnellbahn von Dortmund nach Essen nehmen soll; denn der weitere Weg von Essen nach Duisburg, Düsseldorf und Köln ist gegeben.

Es gibt zwei Pläne: Der erste ist die Verbindung auf dem südlichen Wege von Dortmund über den Hellweg, also über Bochum nach Essen, welcher der Rheinisch-Westfälischen Strecke folgt; der andere ist der Weg von Dortmund über Herne und Wanne nach Essen, also die Essenerlinie oder die Köln-Münster-Hannoversche. Wenn man diese Frage ernstlich erwägt, so muß zuerst die Bevölkerungsfrage geklärt werden und dabei ins Auge gefaßt werden, welche Kreise der Bevölkerung am meisten an dem Personenverkehr interessiert sind. Bochum-Stadt hat 135.000 Einwohner, Langendreer-Werne 48.000; dazu kommen die Einwohner von Bitten mit seiner alten Industrie und die Orte des Randkreises Bochum. Herne hat 70.000 und Wanne hat 42.000 Einwohner, wozu noch das Hinterland dieser Städte kommt. Bochum als alter Kulturmittelpunkt, als Sitz zahlreicher Behörden mit einer außerordentlich vielfältigen Industrie, hat sehr viele mehr Kaufleute, Ingenieure, Unternehmer, welche durch ihren Beruf reisen müssen, als die Bewohner der nördlich gelegenen Gemeinden. Im Norden, also an der Essenerlinie, ist die Tätigkeit der Bevölkerung fast ganz auf die Kohlenindustrie eingestellt; sie haben daher dort weniger Leute, die durch ihren Beruf gezwungen sind, zu reisen, wie dies in der Natur der Sache liegt.

Und daß die Städtische Schnellbahn nur dem Personenverkehr dienen wird, liegt auf der Hand; zum Güterverkehr wird sie nicht da sein.

Sehr oft hört man nun, daß die ganze Industrie mit dem weiteren Ausbau der Kohlenbahn im Norden an der Essener und an der Ruhr sich ganz dorthin ziehen und dorthin abwandern werde. Diese Behauptung, daß die Zukunft der Industrie werde, ist aber durchaus unrichtig. Die höher entwickelte und vielfältig ausgebildete ältere Industrie am Hellweg, also an der Linie Dortmund-Bochum-Gelsenkirchen-Essen, baut sich auch jetzt immer mehr aus und wird nach vielen Richtungen hin noch mehr vervollkommen. Man darf die Gesamtindustrie nicht schlecht mit dem Kohlenbergbau als etwas völlig Gleiches hinstellen. Wir sehen ja auch, wie in Düsseldorf, Köln, Elberfeld, Barmen, Hagen, Solingen, Remscheid die Fabrikation ganz besonderer, eigenartiger Werte sich in den letzten Jahrzehnten außerordentlich entwickelt hat, ohne daß die weitere oder nähere Lage des Kohlenbergbaus darauf Einfluß gehabt hätte. Mit vielen maßgebenden Männern sind wir des festen Glaubens, daß die Zukunft der deutschen Industrie, ganz besonders auf der Fernarbeit, auf der Qualitätsarbeit beruht, ja ganz besonders darauf, daß wir in Deutschland Fabrikate herstellen können, welche die anderen Völker nicht in der Lage sind, anzufertigen, die sie aber dort in hohem Maße nötig haben. Der deutsche grüßliche, erfindungsreiche, in die Tiefe bohrende Geist, die geniale Arbeit, wie es die Franzosen so gerne nennen, wird schon die Wege finden, die im einzelnen zu geben sind; und die Not ist ja jederzeit die Mutter der Erfindung gewesen. Die Not zwingt uns auch dazu, jetzt oder später diese Städtische Schnellbahn zu erbauen, und zwar, wie wir glauben dargelegt zu haben, in der Richtung des Hellweges, der das auch für sich hat, daß er der kürzeste Weg ist. Müssen diese Vorzüge, die wir auf Grund einer sorgfältigen Denkschrift des Magistrats der Stadt Bochum der Öffentlichkeit übergeben, mit Gründlichkeit und allem Ernst geprüft werden. Eine besondere Freude aber für uns ist es, daß wir aus solchen Plänen, erkennen, daß trotz der schweren Not unserer Zeit der alte, ernste, zähe deutsche Unternehmungsgestalt sich nicht unterliegen läßt; er wird uns auch wieder in die Höhe führen, wenn nur einmal die Völker Europas im Innern und nach außen hin wieder von gegenseitigem Vertrauen befeuert sind; das ist von ganz besonderer Bedeutung für die Industrie hier im Westen Deutschlands, wo nun einmal das Herz Deutschlands schlägt; ist aber das Herz gesund und kräftig, so ist es auch der ganze Körper.

Ich will kurzen Guden- oder Frankfurterweg, strebt also danach, auf möglichst weiten Strecken den Durchgang durch Deutschland zu nehmen und durchsucht der Reichsbahn hohe betriebliche Leistungen; f. W. laufen die holländischen für Frankreich bestimmten Kartoffeltransporte statt über Belgien durch Deutschland. Trübsien, das seinen überseits Verkehr früher über Triest leitete, hat sich auf Hamburg eingestellt, es verkehrt seine Ausfuhr an Zucker und Holz über die deutschen Nordseehäfen und empfängt von dort seine Einfuhr. Verwirrt werden die Wirkungen dieser Umstellung des Verkehrs noch durch seine Regellöslichkeit. In ihrer Abhängigkeit von Valuta und Konjunktur läßt die allgemeine Wirtschaftslage Verkehrsweisen entstehen, schwankend nach Zeit und Mengen. Dazu kommen die häufigen Verkehrsstockungen, die durch drohende Tarifserhöhungen ausgelöst werden. Neuesten nachteilig wirkt ferner der Umstand, daß eine Bevorzugung der Verbaukreise, insbesondere mit Bauprodukten, Lebensmitteln und vor allem Dingen Kohlen bisher unterbunden ist. Die deutsche Kohlenförderung reicht nicht mal zum augenblicklich notwendigen täglichen Verbrauch aus. Die Folge davon ist, daß seit Mitte April bis

heute die Eisenbahndirektion Essen alle angeforderten Wagen zur Beladung stellen konnte und darüber hinaus sogar Wagen überflüssig, und zwar täglich bis zu 10.000 Wagen hatte. Die Reichsbahn arbeitet unausgesehrt daran, im kommenden Herbst trotz der obengenannten Verkehrserschwerungen die Versorgung der Bevölkerung zu ermöglichen. Es kann aber nicht genug darauf hingewiesen werden, daß alle Kreise darauf bedacht sein müssen, jetzt schon für die Anschaffung der notwendigen Wintervorräte zu sorgen. Geht es dies nicht, so kann der Eisenbahn, wenn im Herbst wiederum eine Versteuerung des Betriebes eintreten wird, ein Vorwurf nicht gemacht werden. Insbesondere ist die Kohlennot, da die Beförderung der Lebensmittel allem anderen vorgeht, dann nicht eine Folge der Verkehrsnot, sondern sie beruht auf mangelnder Vorsehung der Verbraucherkreise und auf der zu geringen Förderung der Kohlen im allgemeinen, insbesondere aber auf der Minderleistung des Bergbaus im Sommer. Welche verhängnisvolle Folgen jetzt gar ein Bergarbeiterstreik haben würde, braucht in diesem Zusammenhang nur angedeutet zu werden.

Eine Entschließung des Landesverbandes Arnsberg der Deutschnationalen Volkspartei.

Der erweiterte Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei des Landesverbandes Arnsberg tagte am Donnerstag in Hagen. Alle Kreisverbände waren vertreten. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der erweiterte Vorstand des Landesverbandes Arnsberg verurteilt einmütig den fernen Wechselnord an dem Minister des Auswärtigen, erklärt, daß er mit Männern, die durch Verbrechen ihre politischen Ziele verwirklichen wollen, nichts gemein hat und haben will, verurteilt aber gleichzeitig ebenso einmütig auch die Ausnutzung der Tat durch die Herrschaft der Straße und fordert von der Regierung den bisher benutzten Schutz jeder nach der Verfassung erlaubten politischen Betätigung. Der Parteivorstand spricht der erweiterten Vorstand des Landesverbandes Arnsberg einmütig volles Vertrauen aus und gelobt ihr weitere treue Gefolgschaft auf dem Wege zur Erneuerung unseres Volkes. Diese kann niemals durch Morbwaffen gefördert werden. Es bedarf vielmehr einer gründlichen Umkehr vom Materialismus zum Geiste des Christentums. Damit wird die allein tragfähige Grundlage gewonnen, auf der ein neues Deutschland, in sich einig, von außen her frei, sein Volkstum zum Wohle der Menschheit zur Ausbreitung bringen kann.

Der Eisenbahndirektor Gade von der Güterabfertigung am Hauptbahnhof wurde zum Eisenbahn-Obereisenrat ernannt.

X. Auszeichnung. Fräulein Theresie Köster, Ottol. 2, wurde die Deutsche Ehrenmedaille des Weltkrieges verliehen.

2. Gerichtssitzung. Für die Zeit der Gerichtsferien sind am Landgericht 4 Ferienstrafkammern gebildet worden. Strafverfahren müssen wegen der Fülle der vorliegenden Strafsachen an jedem Tage der Woche abgehalten werden, das Wuchergesetz hält in dieser Zeit vier Sitzungen ab.

X. Unser Brot. Das Mischungsverhältnis für die Woche vom 16. bis 22. d. M. ist wie folgt festgelegt: Graubrot: 50% Roggenmehl, 50% Weizenmehl.

Ha. Der Magistrat im Vorhinein: Fräulein Postleff. Die Laufbahn der Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ist neu geordnet worden. Alle Beamten können jetzt durch Ablegung der Prüfungen in die höheren Beamtengruppen einsteigen. Selbst die weiblichen Beamten und die des unteren Dienstes können Obersekretäre und später Postsekretäre werden. Für die höhere Laufbahn des Postdienstes werden Gerichtsreferendare, für den Telegraphendienst Fernsprechdiplomingenieure als Postreferendare eingestellt. Nach drei Jahren werden sie zur Postassessorprüfung zugelassen. Vorläufig werden jedoch Referendare für den Postdienst nicht eingestellt. Für den gehobenen mittleren Dienst wird künftig das Reifezeugnis für die Unterprima gefordert. Die Umwörter werden als Supernumerare nach drei Jahren zur Obersekretärprüfung zugelassen. Weibliche Umwörter werden folglich als Beamte angenommen und nach zwei Jahren Sekretäre und später als Betriebsassistenten angestellt. Für den unteren Dienst werden außerdem Versorgungsanwärter als Postsekretäre junge Leute von 18 bis 17 Jahren, als Hilfs-Postkassierer folge von 18 bis 25 Jahren angenommen. Postboten oder Amtsgesellen werden planmäßig angestellt.

* Stenographentagung. Der Bochumer Kreis vom Rheinisch-Westfälischen Stenographen-Bunde St. 3 e. Schrey hielt am Sonntag in Hattingen seine sehr stark besuchte Jahres-Sauptversammlung ab. Der Kreis umfaßt nach dem Jahresbericht zurzeit 23 Vereine mit 1211 Mitgliedern, gegen 18 Vereine mit 970 Mitgliedern im Vorjahre. Weiter besaßen im Kreisgebiet noch 6 Stenographenvereinigungen nach Stolz-Schrey mit insgesamt 748 Mitgliedern, die aber nicht dem Kreise, sondern teilweise anderen Verbänden angeschlossen sind. Bei den drei im Ver-

Ein gutes Hausmittel bei Gichtanfällen, Rheuma, Gelenks-, äußerlichen Entzündungen, Wunden, Blasen- und dergleichen ist die bekannte „Ader“-Pflaster, die in der letzten Zeit der hervorragende Eigenheiler in dem unteren Teil des Landes (Stadl- und Land-)Mittelgegend des Prospekt von Sachkundigen Feder gerührt werden. Unsere Leser seien auf den eben beschriebenen wie interessanten Inhalt dieses Prospektes noch besonders hingewiesen.

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen überf. von G. v. Kraak.
Copyright 1917 by Gröthols & Co., G. m. b. H., Leipzig.

(Nachdruck verboten)
Wallon bedeutete den Australier durch ein Zeichen, sich still zu verhalten. Durch die Weinranken hindurch beobachteten sie den Anmarsch Wallon mit gespannter Aufmerksamkeit.

Eine Sekunde sahen sie ein schmales, gelbliches Gesicht, das prüfend zum Hause emporblitzte, um gleich wieder von den Schatten verschlungen zu werden. Der Journalist hatte das Gesicht gerade noch zu erkennen vermocht. Es war Hauptmann Roberto, der dort unter den Obstbäumen stand und den Signalfisch erwiderte.

Auf der andern Seite des Hauses knallte ein Schuß. Darauf folgte ein Rennen von Schritten auf der Balkontreppe, ein lauter Ruf und eine Reihe von schnell knallenden Schüssen aus Andersons altem Schußläufer.

Jetzt tauchte Roberto wieder auf. Mit einem Revolver in der Hand kam er in langen Schritten auf der Veranda zugerannt. Wallon steckte die Pistolenmündung durch die Weinranken und rief: „Sehen Sie sich vor, Kapitän!“

Beim Ton dieser Stimme machte Roberto, vor Schreck und Wut erbleichend, Halt.

„Verdammt Journalist!“ brüllte er. „Sind Sie ein allgegenwärtiger?“

Ein gelber Blitz und ein Knall aus seiner Browning. Wallon erwiderte den Schuß. Wieder tauchte Roberto lautlos im Schatten der Bäume unter, und in der bestemmend tiefen Stille trieb der Pulverdampf sachte im Dunkel davon.

Die Ueberrumpelung ist mißglückt,“ bemerkte Wallon kalt. „Halten Sie hier Wacht.“

Er eilte nach oben, wo er den Bedienten und seinen Herrn mit rauchenden Revolvern vorfand.

„Jemand versucht durch den Balkon einzudringen,“ sagte Doktor Hessefmann, „aber unsere Schützen haben ihn abgefangen.“

„Wir müssen standhalten, bis die Polizei kommt,“ erwiderte Wallon. „Nach wieher laden, meine Herren! Das Spiel hat bis jetzt kaum angefangen.“

Wie ein Ausrußzeichen folgte seinen Worten ein dumpfer Knall aus Wallons Wäsche.

Unter im Flur hörte man Lärm und Rufen, und der Journalist schritt nach unten. Der australische Jäger stemmte sich unter Aufbietung aller Kräfte gegen die Haustür, die zu weichen begann.

„Sind Sie drinnen!“ riefte er.

Wallon schloß die knirschende Tür mit der Schulter. Während Schöße erschütterten sie, aber es gelang den beiden Männern mit ungeheurer Anstrengung, sie wieder ins Schloß zu drücken.

Im Giebelzimmer machte sich das Ritzern von zerplatzendem Glas vernehmbar. Und Wallon war mit fünf Schritten zur Stelle. In der Fensteröffnung erschien eine schwarze Silhouette, als der Journalist jedoch ohne Bedenken einen donnernden Schuß auf sie abfeuerte, war sie mit einem kurzen Ausruß verschwunden.

Jetzt ging draußen eine knatternde Salve los. Die Kugeln fuhren mit knochenem Laut in die Holzwände ein, und Schöße auf Schöße ging in Stücke. Im oberen Stockwerk knallten die Waffen des Doktors und des Bedienten unausgesetzt. Der Lärm hielt etwa eine Minute an, dann trat zum zweiten Male eine Pause ein, und es wurde ganz still.

Maurice Wallon hörte an der Haustür. Nikelson lud keine Wäsche.

Ein schließender Schreiß drückte, und ein Brausen, peng, peng, peng! Drei scharfe Knalle dröhnten neben dem Türschloß. Das dünne Holz zerbrach und zerplatzte, das Schloß löste sich, und die Tür gab nach. In der Doffnung erschien eine Revolvermündung, und die beiden Bedienten sprangen rasch zur Seite. Krachend ging die Tür auf, und zwei dunkle Gestalten stürzten mit heftigem Schrei herein.

Keiner jedoch, denn die Finsternis in dem engen Flur war undurchdringlich. Eine Sekunde lang glaubten die Angreifer, und diese Sekunde benutzte Maurice Ro-

Wie ein Panther warf er sich auf den ihm zunächst Stehenden, packte ihn an der Gurgel und schleuderte ihn kopfüber zur Tür hinaus. Der Körper schlug mit dumpfem Laut auf die Fußbodenplatten der Veranda auf und rollte zappelnd über die wenigen Stufen auf den Hof hinunter.

„Nikelson, geben Sie acht auf den Kerl!“ schrie Wallon mit Donnerstimme.

Im Verlauf dieser einen Sekunde hatte der Revolver des andern Angreifers einmal, zweimal gefeuert, und bei dem flüchtigen Schein erblickte Wallon das rotbeleuchtete Haupt des Nikelson. Dann tauchte er unter. Dem Arm des andern durch, und sie gerieten im Dunkeln wieder aneinander.

Der Journalist hatte Nikelsons rechtes Handgelenk mit eisernem Griff umfaßt und bog es zurück, bis ein wilder Schmerzschrei sich knurrend dem halboffenen, leuchtenden Munde seines Gegners entrang. Wieder ging ein Schuß los, aber die Kugel fuhr in die Zimmerdecke. Ihre Führe trampelten hin und her, dumpf kummeten sie von Wand zu Wand. Ein Stuhl kam ihnen in den Weg und glug tragend in Stücke. Fluchend stolperte Nikelson über die Trümmer, und der Journalist kam mit ihm zu Fall.

Nun rollten sie stumm, mit zusammengeklammerter Fäule auf dem Boden herum. Fast augenblicklich gewann Wallon die Oberhand und hob seinen Gegner mit umwerfendem Griff vom Boden empor.

„Du bist an den Unrechten gekommen, mein Junge!“ murmelte er. „Dort vorn muß man mich nicht angreifen.“

Mit schmerzlichen Armen zog Nikelson wie eine Kanonenkugel zur Tür hinaus, rüttelnd, mit vor ohnmächtiger Wut verzerrtem Gesicht schlug er eine Wolke über die Veranda und fiel oben auf den Kopf des andern, der sich eben mühsam auf die Knie erhoben hatte.

Der Australier brach in lautes Gelächter aus. „Sie verstehen sich auf die Kunst!“ rief er belächelnd.

„Ja, aber ich fürchte, wir gehen wie Wilde mit Ihrem Hause um,“ bemerkte Wallon. „Nikelson wird alles erforscht.“

„Sie drauf losgehen zu sehen, ist schon ein paar Fenster und eine Haustür wert!“ entgegnete Nikelson, immer noch lachend.

Obanston hatte sich zur Hälfte auferichtet und drückte ab, aber seine Pistole war gelert, und fluchend ergriß er, von dem andern gefolgt, die Flucht. Vor der Veranda war es leer geworden. Vom Balkon aus knallte dagegen noch ein Schuß, und gleich darauf jagte die Stimme des Doktors: „Es sieht beinahe aus, als ob ich genug hätte.“

Sie zogen sich in den Wald zurück.“

Aus weiter ferne Wälder von der See her ein grelles, langgedehntes Pfeifen herüber. Der Journalist schloß Nikelson an.

„Haben Sie gehört?“ fragte er. „Das klingt wie eine Warnung.“

Er steckte seine Browning in die Tasche und ging nach oben. Die Zimmer waren voll Pulverdampf, und die Balkontür hatte keine heile Scheibe mehr. Nikelson sah ruhig da und band sich ein Taschentuch um den linken Arm.

„John hat eine Schamane dabongetragen,“ sagte der Doktor, indem er sich die Stirn kratzte. „Glauben Sie, daß es jetzt vorbei ist?“

„Ja, ich denke es eigentlich,“ erwiderte Wallon. „Wieviele waren es auf dieser Seite?“

„Nur ein einziger,“ bestätigte der Doktor, „aber das war ein wahrer Teufel an Gutmütigkeit. Wenigstens dreimal muß er getroffen sein.“

„Das war Gonzales,“ murmelte Wallon. „Mit Nikelson standen Roberto und Obanston gegenüber. Ihr Motorboot wird also von Gonzales bewacht. Wenn...“

Seine Augen begannen zu leuchten. „Wenn man ihnen doch den Rückzug abschneiden könnte!“

Zwei Minuten später glitt Wallon an der Nordseite des Hauses zum Küchenschloß hinaus und schloß sich in weitem Bogen zum Walde empor. Jegend vor sich hörte er leise Stimmen, schloß aber lautlos weiter, bis er sich dem zum Schiffslager hinabführenden Weg genähert hatte. Da fing er an zu laufen.

(Schluß folgt.)

